Liebe Leserinnen und Leser,

der Parteitag am letzten Wochenende in Wiesbaden hat Geschichte geschrieben. Nach 155 Jahren wird die SPD erstmals von einer Frau geführt: Ich war einer der 600 Delegierten des SPD-Parteitags in Wiesbaden die Andrea Nahles mit 66,35 Prozent zur neuen Parteivorsitzenden gewählt haben. Das Gemeckere über die geringe Zustimmung halte ich für überbewertet, 100 % für Martin Schulz haben uns bekanntlich nicht viel gebracht und die Reibereien um den Koalitionsvertrag hallt noch nach. Was uns Andrea an unserer Spitze bringt, ist Elan, Leidenschaft für eine gute und gerechte Politik und den Mut für einen Prozess, die Partei und unsere Politik neu zu gestalten.

Mit der Doppelfunktion als Fraktionsvorsitzende werden wir eine Handschrift haben, wenn es um den Kampf gegen rechte Populisten geht. Es geht um nichts weniger als den Erhalt unserer Demokratie. Die Rechten suchen nicht die Auseinandersetzung mit den Starken, sondern kämpften gegen die Schwächsten. Diese Kräfte sind nicht das Volk, sie sind ein Angriff auf das Volk. Die Botschaft des Parteitags und unsere Aufgabe als Parlamentarier muss sein: „Steht mit uns gemeinsam dagegen auf!“

Neben der Wahl der neuen Vorsitzenden beschloss der Parteitag auch den Fahrplan für die inhaltliche Erneuerung. Es geht um Wachstum und Wohlstand im 21. Jahrhundert, um die Zukunft der Arbeit, um den bürgerfreundlichen Staat, der Sicherheit und soziale Teilhabe garantiert und um Deutschlands Rolle in Europa und der Welt. Zu diesen Fragen will die SPD in den kommenden Monaten neue Antworten entwickeln – mit Ideen aus der ganzen Partei und Gesellschaft. Seid mit dabei! Treff beim 1. Mai!

Viele Grüße aus Berlin und ein herzliches Glückauf

Euer

THEMEN IN DIESER AUSGABE

- Beirat für Nachhaltigkeit
- 70 Jahre Israel
- Berufsbildungsbericht
- Rente
- Tschernobyl
- Besucher in Berlin
- Girl‘s Day
- Der Euro

Aus Berlin

Einsetzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung eingesetzt, um die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung auch weiterhin auf parlamentarischer Ebene in geeigneter Weise fachübergreifend zu begleiten. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat bisher die Funktion erfüllt, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie intensiv zu begleiten und weiter zu entwickeln. Ebenso begleitet er die Nachhaltigkeits-politik der Bundesregierung auf europäischer wie auf internationaler Ebene.

Ich freue mich, dass ich für meine Fraktion als Obmann die Arbeit des Beirates koordinieren werde. Für mich ist die nachhaltige Entwicklung besonders wichtig, denn sie trifft die ökonomische, soziale wie ökologische Entwicklung gleichermaßen. Gerade für diese Aufgabe ist ein fachübergreifendes Gremiums wichtig, um eine innovativ zukunftsweisende Politik zu gestalten und auch eigene Themen wie Kreislaufwirtschaft und
Der Beirat wird nach der heutigen Konstituierung die Aufgabe übernehmen, die Arbeit anderer Gremien des Deutschen Bundestages, die eine nachhaltige Entwicklung betreffen, mit gutachtlichen Stellungnahmen und Empfehlungen zu begleiten. Ferner wird er die parlamentarische Begleitung der Aktivitäten für nachhaltige Entwicklung im Bundeskanzleramt sowie auf der Ebene der Bundesregierung den Rat für Nachhaltige Entwicklung beraten. Das Gremium wird ebenfalls dafür Sorge tragen, dass die Kontaktpflege mit weiteren Institutionen, insbesondere mit anderen nationalen Parlamenten, den Bundesländern und den Institutionen der Europäischen Union zu Einzelthemen mit einbezogen wird.

Berufsbildungsbericht 2018

Die Bundesregierung bewertet die Lage der Berufsbildung in Deutschland überwiegend günstig. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegt erneut über 520.000 und ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. In dem als Unterrichtung (19/1740) vorliegenden Berufsbildungsbericht 2018 wird das Verhältnis von Angebot und Nachfrage deutlich: 100 Ausbildungssuchenden stehen knapp 105 Ausbildungsangebote gegenüber. Die Zahl der ausbildungsbeteiligten Betriebe bleibt weitgehend konstant, die Quote liegt aber zum ersten Mal unter 20 Prozent. Zu diesem Rückgang tragen vor allem Kleinstbetriebe bei. Zugleich ist die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplatzangebote um rund 10.000 gestiegen.

Eine große Herausforderung bleibt die Passung von Angebot und Nachfrage. 2017 ist die Zahl der unbesetzt gebliebenen betrieblichen Ausbildungsstellen erneut auf knapp 49.000 gestiegen. Zugleich ist auch die Zahl der unversorgten Bewerber auf etwa 24.000 gewachsen. Das ist besorgniserregend!

Junge Menschen mit Migrationshintergrund müssen noch besser in die Berufsbildung integriert werden. Dies umso wichtiger, da Menschen mit Fluchthintergrund nunmehr verstärkt die Sprach- und Integrationskurse verlassen und eine Ausbildung anstreben. Die Bundesregierung hat gemeinsam mit den Ländern und den Sozialpartnern in zahlreichen Programmen, Initiativen und Projekten zur Optimierung des Übergangs von der Schule in die Ausbildung beigetragen.

Entscheidend sind auch im Jahr 2017 die Maßnahmen zur Modernisierung der Ausbildung. Die Themen "Digitalisierung" und "Anrechnung" sind immer stärker ins Zentrum gerückt. Auch 2017 sei die Ausbildungsmarktsituation erneut durch zwei scheinbar widersprüchliche Entwicklungen gekennzeichnet gewesen. Auf der einen Seite hätten Betriebe zunehmend Schwierigkeiten, ihre angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen. Auf der anderen Seite gebe es immer noch zu viele junge Menschen, denen der Einstieg in Ausbildung nicht unmittelbar gelinge.

Die Arbeitnehmer kritisieren in ihrer Stellungnahme, dass die Ausbildungslosigkeit steige, die Zahl der Ausbildungsbetriebe ungebremst sinke, die Vertragslösungsquote mit 25,8 Prozent erstmals seit langem die 25-Prozent-Schwelle überschritten habe.

Zudem würden zu viele Arbeitnehmer trotz Ausbildung im Niedriglohn verharren. Jeder fünfte Mensch mit abgeschlossener Ausbildung in Deutschland verdiene weniger als 10 Euro brutto pro Stunde.

Dringenden Handlungsbedarf verdeutlicht auch der gestiegene Anteil der Ausbildungsabbrüche. 2016 wurde jeder vierte Ausbildungsvertrag aufgelöst. Wir müssen deswegen Investitionen in die Qualität der Ausbildung unterstützen und die Berufsorientierung verbessern, um besonders in den Branchen mit hohen Vertragsauflösungen dem Trend entgegenzuwirken. Wir brauchen gut qualifizierte und be-gleitende Ausbilder, moderne Berufsschulen und attraktive Rahmenbedingungen für Auszubildende. Im Koalitionsvertrag haben wir als SPD mit der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes, dem Berufsbildungspakt und der Mindestausbildungsvergütung wichtige Bausteine zur Stärkung der beruflichen Bildung verankert, die wir jetzt auf den Weg bringen müssen.

Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung

Im Januar 2017 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die NPD die freiheitlich demokratische Grundordnung verletzt und verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Da jedoch keine hinreichenden Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung dieser verfassungsfeindlichen Ziele gesehen wurden, sprach das Bundesverfassungsgericht kein Verbot der Partei aus. Das Gericht hat dem Gesetzgeber jedoch die Möglichkeit eröffnet, verfassungsfeindliche Parteien auf anderem Wege zu sanktionieren. Durch Änderung des Grundgesetzes und einer weiteren gesetzlichen Änderung haben wir im Juli 2017 dementsprechend die Grundlage für den Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung geschaffen. Auf dieser Basis beantragen wir nun gemeinsam mit der Union und der FDP, dass der Bundestag von seiner Möglichkeit Gebrauch macht und einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht auf Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung für den Zeitraum von sechs Jahren stellt. Mit diesem Schritt soll verhindert werden, dass verfassungsfeindliche Aktivitäten der NPD weiterhin aus Steuermitteln finanziert werden. Der Bundestag schließt sich damit den gleichlautenden Anträgen des Bundesrates und der Bundesregierung an.

Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit

Die Bundesregierung hat den Bericht zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit erstmals und auf Antrag des Bundestages vorgelegt. Der Bericht zeigt, dass die Religionsfreiheit weltweit verletzt wird, obwohl sie ein universel-les Menschenrecht ist und umfassend völkerrechtlich festgeschrieben ist. Gleichzeitig stellt der Bericht auch positive Bemühungen dar, die Religionsfreiheit zu schützen. Bei der Erarbeitung des Berichts hat das Auswärtige Amt sich nicht nur von Experten wie Heiner Bielefeldt, seit 2010 Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats beraten lassen, sondern auch eigene Daten in rund 90 Auslandsvertretungen erhoben sowie Länderanalysen des EU-Parlaments sowie aus den USA herangezogen. Die im Bericht aufgeführten Typologien von Verfolgung und Bedrängung aufgrund von Religion verdeutlichen, wie vielfältig die Rechtsverletzungen sind. Sie reichen beispielsweise von Einschränkungen zeremonieller Handlungen oder der Erschwerung des Zugangs zu öffentlichen Ämtern über gesellschaftlicher Ausgrenzung bis hin zu systematischer Diskriminierung oder Todesstrafe.

70 Jahre Gründung des Staates Israel

– In historischer Verantwortung unsere zukunftsgerichtete Freundschaft festigen

Ich hatte bereits in meinem letztem Wochenbericht über die Festivitäten der 70 jährigen Staatsgründung Israels berichtet. In dieser Woche haben wir dazu im Parlament einen gemeinsamen Antrag beraten. Die deutsch-israelischen Beziehungen sind heute außerordentlich eng und freundschaftlich. Deutschland ist wichtiger Verbündeter des jüdischen und demokratischen Staates Israel und bekennt sich zur besonderen Verantwortung gegenüber Israel. Israels Existenzrecht und Sicherheit sind für uns nicht verhandelbar. Israel ist heute einer Vielzahl von Krisen und Bedrohungen in der unmittelbaren und weiteren Nach-barschaft ausgesetzt. Zugleich gibt es positive Entwicklung bei der wechselseitigen Annäherung zwischen Israel und wichtigen Staaten der arabischen Welt, insbesondere zu Ägypten und Jordanien, aber auch zu Staaten auf der arabischen Halbinsel, allen voran zu Saudi-Arabien. Wir sind davon überzeugt, dass die nachhaltige Sicherheit Israels langfristig nur im Rahmen einer Zwei-Staatenlösung garantiert sein kann. Deshalb fordern wir in dem Antrag „70 Jahre Gründung des Staates Israel“ gemeinsam mit unserem Koalitionspartner die Bundesregierung u.a. dazu auf, sich weiter für eine Lösung des Nahostkonflikts auf Basis einer Zweistaatenlösung einzusetzen. Auch soll die Bundesregierung die herausragenden Beziehungen und politischen Verbindungen zwischen Deutschland und Israel weiter erhalten, vertiefen, ausbauen und fördern. Darüber hinaus soll sie weiterhin für die Existenz und die le-gitimen Sicherheitsinteressen des Staates Israel als ein zentrales Prinzip der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eintreten.

Allen neuen Formen des Antisemitismus in müssen wir entschieden entgegentreten, damit auch neue Phänomene wie muslimischer Antisemitismus entschieden begegnet wird. In der vergangenen Woche fanden in mehreren Städten Solidaritätskundgebungen statt.

Mit „Berlin trägt Kippa“ fand auch in der Hauptstadt eine Kundgebung statt. Es darf nicht sein, dass ein Tragen der jüdischen Kopfbedeckung im öffentlichen Raum nicht mehr möglich ist, weil jeder der dies macht von Gewalt bedroht ist.

Rentenerhöhung für Ost und West beschlossen - SPD-Bundestagsfraktion plant weitere Verbesserungen

In der heutigen Kabinettssitzung hat die Bundesregierung beschlossen, die Renten zu erhöhen. Zum 1. Juli 2018 wird die Rente in Westdeutschland um 3,22 Prozent und in den neuen Ländern sogar um 3,37 Prozent steigen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich erfolgreich dafür stark gemacht, dass die Renten in Ost und West weiter aneinander angeglichen werden: Mit dem heutigen Beschluss des Kabinetts erreicht der Rentenwert im Osten ab 1. Juli 95,8% des Westwerts. Bis spätestens 2024 sollen die Renten in den alten und neuen Bundesländern dann gleich hoch sein. Wichtige Grundlage für die erfreuliche Entwicklung bei den Renten insgesamt sind die gute Situation auf dem Arbeitsmarkt und steigende Löhne.

Dass sich Familie und Beruf künftig besser unter einen Hut bringen lassen, wird mit der Brückenteilzeit sichergestellt werden. Berufstätige Eltern dürfen nicht in die Teilzeitfalle geraten, sondern müssen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt werden. Das bedeutet ein Lohnplus auf dem Gehaltskonto und später auf dem Rentenkonto. So wie wir mit dem gesetzlichen Mindestlohn die Einkommensentwicklung insgesamt verbessert haben, wollen wir auch die Situation von Berufsstartern weiter verbessern und eine Mindestausbildungsvergütung einführen. Durch ein Fachkräftegesetz wird der Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland gesteuert und damit die wirtschaftliche Ent

wicklung und in der Folge die Lohnentwicklung in Deutschland vorangebracht.

Zugleich werden im Inland die Rahmenbedingungen für die Beschäftigung Älterer verbessert. „Wir sorgen dafür, dass Geringqualifizierte umfänglicher weitergebildet werden als bisher, um dem Fachkräftemangel beizukommen und die Einkommenssituation dieser Menschen zu verbessern. Mit einem Recht auf Weiterbildungsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und einer in sich stimmigen nationalen Weiterbildungsstrategie werden die Weiterbildungsprogramme des Bundes und der Länder besser gebündelt. Zudem sollen die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in den Pflegeberufen spürbar verbessert und die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um in der Altenpflege leichter zu einem flächendeckend gültigen Tarifvertrag zu kommen.

Mit all diesen Maßnahmen machen wir uns nicht nur stark für gute Arbeit, sondern sorgen für eine verlässliche und gute Rente.

Foto: Pixaby

Aus der Umweltpolitik

Als stellvertretender Vorsitzender des Umweltausschusses habe ich gestern junge Diplomatinnen und Diplomaten aus Inselstaaten des südlichen Pazifiks und des westlichen Indischen Ozeans zum Thema Schutz vor Klimafolgen empfangen. Einige dieser Inselstaaten, wie beispielsweise Tuvalu, die Salomonen und die Marshall-Inseln werden besonders stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, da sie wegen des Anstiegs des Meeresspiegels buchstäblich unterzugehen drohen. Die Sorgen dieser Länder wurden mir von den jungen Diplomaten eindringlich geschildert.

Deutschland hat in der Vergangenheit zwar einiges im Klimaschutz geleistet unter anderem durch die Energiewende. Wir müssen jetzt aber den nächsten Schritt gehen. Dazu brauchen wir Maßnahmen insbesondere in den Sektoren Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft. Deshalb hat unsere Umweltministerin Svenja Schulze auch schon kurz nach ihrem Amtsantritt alle beteiligten Ministerien daran erinnert, zügig Vorschläge für Maßnahmen vorzulegen.

Sicherheit Atomkraftwerk Tschernobyl

In der Sitzung des Umweltausschuss haben wir uns mit der Situation rund um das havarierte Atomkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine befasst. Dem öffentlichen Tagesordnungspunkt der Ausschusssitzung lagen ein Bericht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie ein Bericht der Ausschussvorsitzenden zugrunde, die eine vor Ort Begehung hatte. Am Donnerstag, 26. April, jährte sich die Reaktorkatastrophe zum 32. Mal.

Nach wie vor gibt es Verzögerungen bei den Arbeiten an der neuen Schutzhülle (New Safe Confinement), die den verunglückten Block 4 des Kraftwerkes abschirmen soll. Aufgrund eines hohen Strahlungsniveaus in einem Teilgebiet um den Reaktor kann dort nur zeitlich eingeschränkt gearbeitet werden. Die Fertigstellung wird für Ende 2018 erwartet. Beim Bau des Brennelemente Zwischenlagers wurden zwar "gute Fortschritte" erzielt, es gebe aber auch bei diesem Projekt Verzögerungen. Ob der avisierte Abschluss der Arbeit Anfang 2019 zu halten sei, ist aktuell unklar. Die Finanzierung der Arbeiten in Tschernobyl ist nach aktuellem Stand gesichert. Die Ukraine hat ausstehende Beiträge überwiesen.

Weiter ging es in der Beratung unter anderem um die wirtschaftliche Verwertung der Sperrzone rund um das havarierte Kraftwerk. Interessanterweise floriert der Tourismus und soll sogar noch ausgebaut werden. Geplant ist ferner ein Endlager für schwach- und mittelradioaktiven sowie ein Zwischenlager für hochradioaktiven Abfall. Allerdings

gibt es noch keine Planungen für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in dem Land. Die Ukraine möchte zunächst die Erfahrungen in Deutschland und den skandinavischen Ländern abwarten und bewerten, Weiterhin plane ein Konsortium eine Solaranlage mit 1,2 Gigawatt Leistung in Tschernobyl aufzubauen. Von Vorteil sei, dass vor Ort die Infrastruktur, etwa Leitungen und Strommasten, schon vorhanden seien. An dem Projekt gebe es innerhalb der Ukraine Kritik von Nichtregierungsorganisationen, die eine dezentrale Versorgung befürworten.
Kritik gibt es unsererseits an den unzureichenden Entschädigungszahlungen an die Betroffenen der Katastrophe. Diese wurden und werden nicht im gesetzlich vorgesehenen Umfang geleistet.

Abschaffung von Glyphosat

Im Umweltausschuss haben wir diese Woche unter anderem die Anwendung von Glyphosat in der Landwirtschaft diskutiert. Kein Wirkstoff wird in Pflanzenschutzmitteln so häufig verwendet wie Glyphosat. Diese Mittel werden in der deutschen Landwirtschaft flächendeckend zum Einsatz, um auf Feldern großflächig Pflanzenbewuchs abzutöten. Das führt zu einem drastischen Artenrückgang, nicht nur bei Pflanzen, sondern auch bei Insekten wie Schmetterlingen und Bienen oder bei Feldvogelarten, die in diesen Feldfluren Nahrung suchen. Es gibt sogar Vermutungen, dass Glyphosat die Bodenfruchtbarkeit beeinträchtigt und unter Umständen krebserregend ist. Wir wollen den Einsatz von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln so schnell wie möglich grundsätzlich beenden. Wir wollen aber darüber hinaus die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln insgesamt umwelt- und naturverträglich machen.

Umweltpolitik im Wahlkreis

„Bühne frei“: Medikamentenreste und Keime in unseren Gewässern

Beim letzten Center-Talk „Bühne frei“ der Lippewelle im Alleecenter in Hamm war ich als heimischer Bundestagsabgeordneter und stellv. Vorsitzender des Umweltausschusses eingeladen.

Gemeinsam mit dem Experten vom Lippeverband für Abwasser, Dr. Issa Nafo, sowie dem Chefarzt und Leiter der Intensivstation des Marienhospitals Hamm, Dr. Dirk Böker, ging es bei dieser öffentlichen Podiumsdiskussion um das Themenfeld Trinkwasser, Multiresistente Keime und andere Belastungen im Wasser.

Die Hauptfragestellung war, wie die Medikamentenreste und resistente Keime in unsere Gewässer und somit in unser Trinkwasser gelangen.

Da ich als Berichterstatter im Bundestag zu diesem Thema gerade berichtet habe, konnte ich bei der Veranstaltung erklären, dass wir nun wissen, dass die sogenannten Punktquellen zunächst auszumachen sind. So ist jetzt, nach den ersten Studien klar, das Kläranlagen, Krankenhäuser aber auch beispielsweise Flughäfen durch Flugzeugabwässer als Punktquellen identifiziert wurden, in denen besonders viele multiresistente Keime gefunden wurden.

Eigentlich gehen wir jedoch davon aus, dass größere Maßnahmen nötig werden, um das Problem in den Griff zu bekommen.

Eine größere Lösung wäre zum Beispiel die Änderung der Wassersysteme oder auch die nötige Umrüstung der Kläranlagen, die aber dazu führen würden, dass die Kosten für die Bürgerinnen und Bürger dann bis zu 30 Prozent steigen könnten.

Eine weitere Quelle für Verunreinigungen mit Medikamenten ist die Landwirtschaft. In diesem Problemfeld gab es in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Gesetzesänderungen. Erfreulicherweise ist im Bereich der Landwirtschaft der Einsatz von Antibiotika durch die bisherigen Maßnahmen schon halbiert worden, aber es sind noch mehr Maßnahmen erforderlich.

Trotzdem bedarf es weiterer Kampagnen für die Öffentlichkeit wie zum Beispiel auch der Hinweis, dass Medikamentenreste nicht in die Toilette gehören, sondern in die Restmülltonne. Hustensaftfläschchen sollten demnach natürlich auch nicht ausgespült, sondern in die Abfalltüte entsorgt werden. Restmüll wird verbrannt und ist damit die sicherste Entsorgung für die Art von Abfall.

In den nächsten Wochen erwarten wir im Umweltausschuss in einer Anhörung die Berichte der Experten.

Wer sich für die Übertragung der gesamten Sendung interessiert, kann hier den Podcast finden.

Praktikanten der Bundestagsverwaltung zu Gast

Am Donnerstag hatte ich vier junge Menschen bei mir zu Gast, die gerade ihr Praktikum beim deutschen Bundestag machen. Die 16jährigen Schüler und eine Schülerin interessierten sich für die Themen Klimawandel, Dieselaffäre, Zukunftsfragen und Politikverdrossenheit. Ich habe in diesem Gespräch besonders betont, dass es mir wichtig ist, dass sich Jugendliche beteiligen, z. B. dort, wo sie leben, an der Schule, beim Verein, in der Kirche oder bei der Feuerwehr. Eine gelebte Partizipation ist wichtig, wenn man das Leben gestalten will.

Girls‘ Day 2018: Mehr Mädchen in die Politik: aus Selm war Regina Müller bei mir im Parlament zu Gast

Der Girls Day soll Mädchen einen Einblick in die Arbeitswelt und insbesondere in untypische Arbeitsfelder geben. Daher durfte Regina mir in dieser Woche über die Schulter schauen und erfahren wie der Arbeitstag eines Politikers aussieht. Für die Schülerin des Städtischen Gymnasiums aus Selm begann der Zukunftstag, wie er geschlechtsneutral bundesweit stattfindet, bereits einen Tag vorher, weil die Anreise länger ist und meine Fraktion ein ansprechendes Begleitprogramm organisierte, um das Riesenthema überhaupt erfassen zu können.

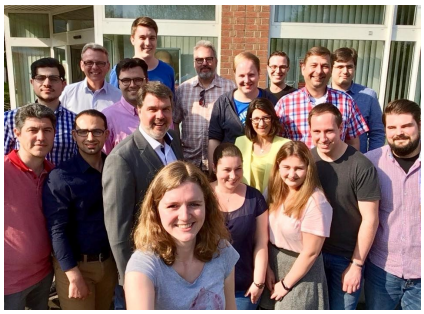
Unser „Girl“ konnte an diesem Tag durch eine Besichtigung das Reichstagsgebäude kennenlernen. Im Rahmen eines Planspiels hat sie gelernt, wie ein Gesetzentwurf eingebracht werden kann und wie ein Gesetz verabschiedet wird und in Kraft tritt.

Außerdem konnte sie bei einer Diskussionsrunde erfahrenen Politikerinnen Fragen stellen und bekam Wege aufgezeigt, welche Qualifikationen notwendig sind, um in der Politik engagiert und erfolgreich zu arbeiten.

Ich würde mich freuen, wenn Regina über diese Veranstaltung dazu motivieren konnte, selbst politisch aktiv zu werden oder sogar selbst als Politikerin ins Berufsleben zu starten.

Im Wahlkreis unterwegs

Neumitgliedertreffen bei den Jusos aus Lünen, Selm und Werne



Am vergangenen Samstag haben die Jusos aus meinem Wahlkreis ein Neumitgliederseminar in der Lüner SPD-Geschäftsstelle durchgeführt.

Auch die drei Fraktionsvorsitzenden Michael Haustein, Thomas Orlowski und Lars Hübchen haben sich an der Diskussion beteiligt.

Während des Seminars habe ich über das drohende Diesel-Fahrverbot, über den Umgang mit der AfD im Deutschen Bundestag und über den anstehenden Parteitag gesprochen.

Ehrenvorsitzender der Jungsozialisten, Daniel Wolski, hat für alle gegrillt.

Vielen Dank an die Juso-Vorsitzenden Nina Kotissek, André Adamietz und Jan Oestermann für die Einladung und für die spannende Diskussion.

Besuchergruppe Berufskolleg

Am Donnerstag haben mich Schüler des Eduard-Spranger Berufskolleg aus Hamm in Berlin besucht.

Neben einigen Fragen zum Alltag eine Bundestagsabgeordneten drehte sich unser Gespräch zum großen Teil um Elektromobilität und ihre Vorteile und Herausforderungen. Es freut mich, dass junge Erwachsene aus Hamm an dieser Debatte interessiert sind und neue Verkehrspolitik mitgestalten wollen.

Bundespresseamtfahrt nach Berlin

Vom 23. bis 25. April waren 50 ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger bei mir zu Gast in Berlin. Die Fahrt wurde organisiert durch das Bundespresseamt.

Gleich zu Beginn standen der Besuch des Bundestages und des Reichstagsgebäudes und ein anschließendes gemeinsames Abendessen mit dem Abgeordneten auf dem Plan.

Foto: Bundesregierung/Atelier Schneider

Über die nächsten Tage hinweg bekam die Gruppe einen Einblick Willy-Brandt-Haus und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Von besonderer Bedeutung war auch der Besuch der „Topographie des Terrors“, der Dokumentations- und Aufarbeitungsstätte für die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Zum Abschluss gab es eine Stadtrundfahrt in Berlin, die sich an politischen Institutionen und Wirkstätten orientierte.

Zur Erinnerung

Es war einmal die D – Mark

Vor 20 Jahren hat der Bundestag für die Euro-Einführung gestimmt und damit die Ära der D Mark beendet. Die siebenstündige Debatte fand schließlich mit einer breiten Mehrheit die Zustimmung für den Beitritt Deutschland zur Europäischen Währungsunion. Insgesamt votierten 575 von damals 615 Abgeordneten dafür. Mit Nein votierte überwiegend die PDS.

Anfänglich war es in elf europäischen Ländern möglich, mit dem Euro zu bezahlen, Deutschland war seit dem Anfang dabei. Heute ist der Euro in 19 europäischen Staaten die offizielle Währung, in weiteren 6 Ländern wird er ebenfalls genutzt. Damit stellt der Euro einen der größten Wirtschaftsräume dar.

Wir alle können uns noch an die Anfänge erinnern, viele Deutsche haben die Umstellung aus den bitteren Erfahrungen der Währungsinstabilität im Krieg gefürchtet, deshalb hatte man eine damals auch eine Volksabstimmung gescheut.

Insbesondere Ältere sprechen mich auch beim Thema Griechenland und Eurokrise immer wieder darauf an, dass sie die D-Mark vermissen. Und noch heute ertappen wir uns dabei, dass wir bei manchen Preisen stutzen und noch in D-Mark umrechnen, mir geht es z. Zt. bei Spargel und bald bei den Erdbeerpreisen so, ich frage mich immer, hätte ich die Erdbeeren für 7 Mark das Schälchen gekauft??? Von meinem Sohn ernte ich dafür Gelächter. Die jüngere Generation ist mit dem Euro groß geworden und stellt ihn nicht in Frage.

Nach dem anfänglichen Schwierigkeiten, die Münzen zu erkennen (das hätte man echt besser machen können, sie zu unterscheiden) hat sich trotz aller Krisen und Kontroversen die heutige Gemeinschaftswährung durchgesetzt und an Beliebtheit gewonnen. Der Weg zum Euro war aber kein leichter, ihn zukünftig abzusichern und zu halten ist ebenso nicht einfach.

Mit diesem Jahrhundertprojekt der Einführung einer gemeinsamen Währung in der EU ist aber ein besonderer Zusammenhalt entstanden, er stellt auch eine Einigungsfähigkeit Europas dar. Die Idee einer einheitlichen europäischen Währung, die den Handel zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erleichtern sollte (Schaffung eines „gemeinsamen europäischen Marktes“) beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel ein wesentliches Element der Zukunft Europas.

Erst mit der Finanzkrise wurden vermehrt eurokritische Stimmen laut, die nicht zuletzt einen Zulauf und die Stärkung europakritischer Parteien bedeuten. Sowohl in Österreich als auch bei uns ist die Euroskepsis neben den ausländer- und flüchtlingsfeindlichen Tendenzen der Nährboden für rechtsnationale Parteien. Die Eurokritiker reduzieren ihre

Foto: pixaby

Betrachtung auf die Nachteile, die es sicherlich gibt, wie die Haftung des Steuerzahlers für Schulden von Krisenländern.

Für uns als Sozialdemokraten stehen aber die Vorteile der Währungsunion im Vordergrund: die geringen finanziellen Belastungen bei Transaktionskosten, kostengünstige Überweisungen in ein anderes EU-Land, die Vereinfachung für den Handel zwischen den Mitgliedern der Eurozone, der gemeinsame europäische Binnenmarkt, bei Reisen ins europäische Ausland fallen Wechselgebühren weg und Touristen müssen kein Geld umtauschen bzw. wieder zurücktauschen und sie können in ihrem Reiseland die Preise nun ohne Probleme mit den Preisen des Herkunftslandes vergleichen.

In politischer Hinsicht manifestiert der Euro die Zusammenarbeit der europäischen Staaten und ist ein greifbares Symbol europäischer Identität und Gefühl der Zusammengehörigkeit in Europa. Nicht unterschätzen darf man den Euro als Gegenpol im Handel zu US-Dollar und Yen.

+++ Infos +++ Infos +++ Infos +++ Infos +++ Infos +++

Gesund und umweltfreundlich grillen: Meine Tipps!

Wir alle haben die Grillsaison mit den sommerlich warmen Tage im April bereits eröffnet. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, euch für dieses Jahr ein paar Empfehlungen für umweltfreundliches Grillen mit auf den Weg zu geben.

Schon bei der Wahl des Grills scheiden sich die Geister der Kohle, Gas und Elektrogriller. Hier würde ich darauf achten, hochwertige Grills zu kaufen. denn wenn ich ein wenig mehr investiere, ist das Material robuster, besser verarbeitet und dadurch langlebiger. Ich werde auch weniger Schadstoffabsonderungen haben, als bei einfacheren Grills.

Weiter kann ich schon der Auswahl der Kohle und der Grillanzünder umweltfreundlich einkaufen. Achtet darauf, dass die Holzkohle aus heimischen Hölzern gewonnen wird und FSC– zertifiziert ist. Besonders sinnvoll ist die Kohle aus Abfallprodukten wie Kokosnussschalen oder Olivenkernen.

Das Wegwerf Grills aus Aluminium ein No-Go sind versteht sich von selbst, weil sie nicht nur mit hohem Energieaufwand hergestellt werden, sondern auch unnötig Ressourcen verschwenden und zusätzlichen Müll verursachen.

Als Anzünder rate ich zu einem kleinem Anzündekamin, den ihr in jedem Baumarkt für kleines Geld besorgen könnt. Hier reicht wenig Zeitungspapier um die Kohle für das Grillen vorzuglühen.

Foto: pixaby

Bei der Auswahl des Grillguts achtet auf regionales Fleisch oder Gemüse, damit werden lange Transportwege und damit CO 2 Emissionen vermieden. Dann mariniert am besten selbst, wenn ihr sicher sein wollt, was ihr auf dem Teller habt. Gepökeltes Fleisch bitte nicht auf den Grill legen, weil sich hier durch die starke Hitze krebserregende Stoffe (Nitrosamine) bilden können.

Verwendet bitte möglichst auch kein Einweggeschirr, sondern spült lieber euer Geschirr wie sonst auch.

VIEL SPASS!

Kontakt & Impressum

E-Mail. michael.thews@bundestag.de, Impressum: Michael Thews MdB (v.i.S.d.P.), Redaktion: Frauke Stürenburg

Parlamentsbüro Berlin

Frauke Stürenburg – Ruth Herzog – Joshua Fraedrich

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Bürgerbüro Lünen

Anette Janßen - Winnie Marx

Stadttorstraße 5

44532 Lünen

Bürgerbüro Hamm

Bettina Schwab-Losbrodt

Westhofenstraße 1

59065 Hamm